

Die 6. Gesamtschule startet mit 116 Kindern!

Die Anmeldungen für die weiterführenden Schulen unserer Stadt bestätigen den unvermindert anhaltenden Wunsch der Eltern nach Gesamtschulplätzen für ihre Kinder. 1198 Kinder wurden an den nun sechs Gesamtschulen unserer Stadt angemeldet. Davon konnten 754 Kinder einen Platz erhalten. Die neue sechste Gesamtschule an der Aachener Straße 179 beginnt mit 116 Kindern. Dass immer noch 444 Kinder abgewiesen werden

dungen. So genannte „schulorganisatorische Maßnahmen“ sind an keiner Stelle notwendig, so dass alle Schulen in Ruhe in das neue Schuljahr nach den Sommerferien starten können.

Im Grundschulbereich bereitet sich die Politik auf den zu erwartenden Rückgang der Schülerzahlen in den kommenden Jahren vor, indem schon jetzt Grundschulstandorte



Nach den Sommerferien startet hier die Gesamtschule Stadtmitte

mussten, macht auch den zukünftigen Handlungsbedarf deutlich.

„Wir werden die Entwicklung genau zu analysieren haben und Entscheidungen mit Augenmaß treffen“, erklärt **Ulrich Elsen, SPD, und Vorsitzender des Schulausschusses.**

An den Schulformen Haupt-, Realschule und Gymnasium zeigt sich, dass nach den Anmeldungen alle Schulen über genügend Schüler verfügen. So gibt es an den acht Hauptschulen 327 (Vorjahr 371), vier Realschulen 408 (Vorjahr 438) und acht städtischen Gymnasien 904 (Vorjahr 887) Anmel-

dungen durch Zusammenlegung gesichert werden sollen. Das betrifft jetzt die Grundschulen Alstraße und Ringerberg in Stadtmitte. Beide Schulen werden mit benachbarten Schulen zusammengelegt.

Monika Schuster, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Damit bleiben die Standorte gesichert und dem Prinzip „Kurze Beine-kurze Wege“ wird Rechnung getragen. Gleichzeitig erhalten diese Schulen durch die Einrichtung von OGATA Gruppen, die im Stadtbezirk von den Eltern dringend nachgefragten Betreuungsangebote.“

Editorial Auf ein Wort

Der Ausbau von regenerativen Energien ist als Konsequenz nach der Katastrophe von Fukushima beherrschendes politisches Thema in Deutschland. Die SPD - Ratsfraktion in MG hatte bereits im letzten Jahr auf das Thema gesetzt. Der Ausbau von Fotovoltaik ist durch die Gründung der „Bürgersolar -Genossenschaft“ ein Stück voran gekommen. Die

SPD war eine der Initiatoren. Das überwältigende Interesse der Bevölkerung mit über 330 Bewerbungen zeigt, dass der Weg richtig ist. Deshalb werden wir versuchen, weitere Dächer für die Nutzung zu bekommen.



Der Bau der Biogasanlage wäre genau so wichtig beim Ausbau der regenerativen Energien in unserer Stadt gewesen. Gerade aktuell nach Fukushima ist noch weniger zu verstehen, dass eine Mehrheit im Rat diesen Bau verhindert hat. Es ist nicht glaubwürdig, generell den Ausbau von regenerativen Energien zu fordern, konkret vor Ort die Umsetzung aber zu verhindern. Ich bin jedenfalls gespannt darauf, wie die Fraktionen im Rat, die die Biogasanlage abgelehnt haben, ihr Verhalten heute erklären.

Einen Ablehnungsgrund kann ich jedenfalls nicht akzeptieren: Die Bevölkerung vor Ort sei nicht ausreichend eingebunden worden. Gerade die Einbeziehung der Menschen in unserer Stadt in politische Entscheidungen ist mir sehr wichtig. Die war durch Anhörung der Betroffenen im offiziellen Verfahren, aber auch durch Gespräche in allen Fraktionen gesichert. Die SPD hat auf Grund der Anhörungen im Bereich der Verkehrsführung für Entlastung vor Ort gesorgt. Das Interesse der ganzen Stadt muss aber immer ausschlaggebend sein. Das gilt für alle Entscheidungen, von Energie bis zu Verkehrsführungen oder Tempolimits.

Herzlichst Ihr

Unsere Themen

- **Neue Gesamtschule startet**
- **Hauptbahnhof Rheydt**
- **Bürgersolar**
- **Unterbringung Flüchtlinge**
- **Arbeitskreis tagte in MG**
- **Vorgestellt**
- **Ausbau Ganztagsbetreuung**
- **Alternativen zum Atomstrom**

Arbeitskreis Große Städte tagte erstmals in Mönchengladbach

Über 40 Vorsitzende und Geschäftsführer der SPD-Großstadtfractionen trafen sich Mitte April erstmals in Mönchengladbach. Der Arbeitskreis Große Städte der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) trifft sich zweimal jährlich. Schwerpunktthemen der Tagung in Mönchenglad-

bach waren die Umsetzung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) und die Finanznöte der Kommunen. sitzen durch die Vernetzung vor Ort die bessere Kompetenz. In der Umsetzung vor Ort geht es insbesondere um Zuschüsse für Mittagessen in Bildungseinrichtungen, die gezielte Übernahme von Mitgliedsbeiträgen für Sportvereine und Musikschulen sowie Lernförderung für versetzungsgefährdete Kinder.



Heinrich Alt - Mitglied im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit

bach waren die Umsetzung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) und die Finanznöte der Kommunen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine: „Der Einladung waren hochkarätige Referenten gefolgt. Die Themen haben eine große



Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales in NRW

bundespolitische Bedeutung. Wir erhielten aus erster Hand Berichte von den zehnwöchigen Beratungen zum Bildungs- und Teilhabepaket nach SGB II im Vermittlungsausschuss.“

Das Bildungs- und Teilhabegesetz wird in die Hände der Kommunen gelegt. Diese be-

Lothar Beine: „Eine erste Anregung aus der Tagung nehmen wir für Mönchengladbach mit. Die Nachhilfe der Schüler soll nicht durch kommerzielle Anbieter sondern durch kommunale Träger, wie die Volkshochschule, angeboten werden.“

Die Grundsicherung im Alter übernimmt ab 2012 in drei Stufen der Bund. Dies brächte eine Entlastung der Städte von 1,2 Milliarden Euro in 2012, 2,7 Milliarden Euro in 2013 und ab 2014 vier Milliarden Euro.

NRW Innenminister Ralf Jäger (SPD) sprach den Kommunen finanzielle Unterstützung zu. Ziel ist den Zeitpunkt der Überschuldung nicht nur hinaus zu zögern, sondern die Entschuldung voranzutreiben.

Für Mönchengladbach bedeutet dies im laufenden Haushaltsjahr ein Plus von 47 Mio. Euro im Rahmen der Schlüsselzuweisungen. In 2014 kann mit einer Zuweisung von bis zu 60 Mio. Euro gerechnet werden.

Lothar Beine: „Wachsam muss Mönchengladbach aber trotzdem bleiben. Ganz sicher ist es noch nicht, ob wir das Geld aus dem Fonds für überschuldete Kommunen in Mönchengladbach erhalten.“

Neugierig verfolgten die Teilnehmer aus den anderen Bundesländern die Diskussion zu Kommunalfinzen. Im Fazit wünschten sich viele eine mit NRW vergleichbare kommunalfreundliche Landesregierung. Nach dem Regierungswechsel in NRW zu SPD und Grüne hat sich auch der Umgang mit den kommunalen Spitzenverbänden verbessert.

Am zweiten Tagungstag stellte **Markus Palic** von der NVV Tochter NEW Re das Projekt der Bürgersolar-Genossenschaft vor. Mönchengladbach liegt im Vergleich mit den anderen Großstädten bundesweit vorne. Der Arbeitskreis trifft sich im Herbst in Freiburg. In dieser südlichsten Großstadt wird das Thema Solarenergie intensiv besprochen.



Nach der Abstimmung zur Biogasanlage: Die CDU als Investorenschreck auf der Suche nach innovativen Ideen.

Modernisierung am Hauptbahnhof Rheydt

Der Hauptbahnhof Rheydt ist ein wichtiger Knotenpunkt im Nahverkehr. Viele Berufspendler nutzen diesen Bahnhof. Aber es fehlen barrierefreie Zugänge zu den Gleisen und ein unmittelbarer Zugang zu den P+R Parkplätzen an der Mittelstraße. Jetzt beauftragt der Rat auf Initiative der „Ampel-Fractionen“ die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Förderantrags.



Modernisierung ist dringend nötig

Lothar Beine SPD-Fraktionsvorsitzender und Präsidiumsmitglied des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr (VRR): „Mit diesem Beschluss kann die Stadt einen konkreten Förderantrag für 2012 beim VRR stellen. Der VRR ist als Fördergeber zuständig für Baumaßnahmen an den Bahnsteigen und den Zugängen zu den Gleisen. Gleiches wurde vor wenigen Jahren am Mönchengladbacher Hauptbahnhof erfolgreich umgesetzt. Verbunden mit dem Beschluss ist auch die Selbstverpflichtung die notwendigen Eigenmittel der Stadt im Haushalt 2012 darzustellen.“

An einem Punkt können aber auch der VRR und die Stadt nichts ändern. Das Zugangsgebäude gehört der Deutschen Bahn (DB) und die hat derzeit kein Interesse.

Lothar Beine: „Aber barrierefreie Zugänge und ein Durchbruch zur Mittelstraße können ohne die DB umgesetzt werden.“

Klimaschutz in MG - Bürgersolar wird umgesetzt

In Mönchengladbach werden jetzt Dachflächen städtischer Gebäude für Solaranlagen vermietet. Mieter ist die Bürgersolar - Genossenschaft, die im Januar gegründet wurde. Mitglied kann jeder Mönchengladbacher mit einer Beteiligung von mindestens 500 Euro



Solaranlagen auf Dächern städtischer Gebäude

und maximal 2.500 Euro werden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine: „Die Vorbereitungen zu diesem Schritt waren mühsam, aber ein Anfang wurde gemacht. Ich bin selber Mitglied der Genossenschaft und hoffe, dass dies eine Initialzündung für viele weitere Projekte ist.“

Profitieren werden an diesem Projekt alle Beteiligten: Diejenigen, die zusätzlich in MG erneuerbare Energien erzeugen wollen. Die

Genossenschaft zahlt zudem mit durchschnittlich 6% im Schnitt der 20 Jahre eine hervorragende Dividende. Die Stadt profitiert, indem sie nicht selber investieren muss, was angesichts der Haushaltslage schwierig ist. Zudem erhält sie eine Pacht für die Vermietung der Dächer. Die Verwaltung hat unter anderem die Gebäude der Gemeinschaftshauptschule an der Aachener Straße, der Gesamtschule Espenstraße, des Gymnasiums an der Gartenstraße und das Rathaus Rheydt zur Verfügung gestellt. Durch den Aufbau der Fotovoltaikanlagen auf zehn Gebäuden wird eine Leistung von 679 Kilowatt pro Jahr erwartet.

Lothar Beine: „Der Zeitpunkt für Bürgersolar passt genau zur Beratung des integrierten Klimaschutzkonzeptes in Mönchengladbach. Hierbei wird für Mönchengladbach ein konkretes Ziel zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes angestrebt. So soll bis 2020 die Pro-Kopf-Emission auf 5,92 t reduziert werden. Ich wünsche mir in Mönchengladbach noch viele weitere Projekte zur Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien. Anders ist aktiver Klimaschutz nicht machbar.“

Ganztagsbetreuung an Grundschulen erweitert

Immer mehr Eltern sind aus beruflichen Gründen auf eine sichere und ganztägige Betreuung ihrer Kinder in der Schule angewiesen. Für die SPD-Ratsfraktion ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer ein wich-



250 neue Ganztagsplätze an den Grundschulen

tiges Thema. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung wurde in den letzten Jahren vorangetrieben. Jetzt ist es gelungen, trotz der schwierigen Haushaltslage, die Angebote an einigen Schulen zu erweitern.

Neben den Grundschulen Alsstraße und Am Ringerberg in Stadtmitte sind das acht weitere Grundschulen: Es sind im einzelnen

die Schulen Regentenstraße und Ohler (Stadtmitte), Bettrath-Hoven und Uedding (Neuwerk), Heyden und Erich-Kästner (Rheydt), Meerkamp (Giesenkirchen) und Venn. Jede Gruppe ist für 25 Kinder geplant, so dass insgesamt das Angebot um 250 Ganztagsplätze erweitert wird. Aktuell besteht ein Ganztagsangebot für rd. 2.100 Kinder. Hinzu kommen noch 600 Betreuungsplätze im Landesprogramm „Schule von Acht bis Eins“.

Für die SPD-Fraktion ist dies eine wichtige Entwicklung auf dem Weg zu einem Schulsystem in unserer Stadt, welches die Notwendigkeiten der Verbindung von Beruf und Familie im Auge hat.

„Die Attraktivität einer Schule ist immer mehr auch von der Qualität der angebotenen Betreuungsmöglichkeiten bestimmt“, **meint Monika Schuster bildungspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion.**“

Vorgestellt: Christian Kamphausen

Seit wann bist du Ratsmitglied?

Seit 2009 bin ich Ratsmitglied. Vorher war ich ab 2004 Bezirksvertreter und ab 2008 Sprecher der SPD in der Bezirksvertretung Odenkirchen.

Was sind deine politischen Schwerpunkte?

Meine politischen Arbeitsschwerpunkte liegen klar im Stadtteil Odenkirchen. Ich habe meinen Wahlkreis direkt gewonnen und diesem Vertrauensbeweis der Wähler möchte ich nachkommen.



Konkret sind dies der Bahnhof Odenkirchen und die Zeugdruckerei.

INFO

Christian Kamphausen

Geboren am 15.06.1978 in Mönchengladbach, verheiratet, ein Kind.

Arbeitet als Anlagenmechaniker Heizung- u. Sanitärbereich im Kundendienst.

Ist Mitglied im Aufsichtsrat der Marketinggesellschaft MG sowie im Umweltausschuss und im Sportausschuss.

Er ist Vorsitzender der SPD in Odenkirchen. Ist aktiver Feuerwehrmann in der Freiwilligen Feuerwehr Odenkirchen.

Was hat dich in die Politik geführt?

Durch meine ehrenamtliche Arbeit bei der Freiwilligen Feuerwehr Odenkirchen. Hier habe ich erste ehrenamtliche Erfahrungen gemacht. Zugleich bestärkte diese Arbeit mein Gefühl, auch kommunalpolitisch aktiv zu werden. Vom Typ passt bei mir die Beschreibung: „Nicht meckern sondern handeln“. Konkret bin ich dann durch den jetzigen Oberbürgermeister Norbert Bude in 2002 der SPD beigetreten.

Welche Wünsche hast du für deine Arbeit?

Ich wünsche mir, dass Odenkirchen im politischen Fokus bleibt und wieder als lebenswerter Stadtteil gesehen wird.

Neuer Wohnraum für Flüchtlinge

Containersiedlungen, oft umgebaute Fertigaragen, werden bis heute im Luisental und an der Hardter Straße für die Unterbringung von bis zu 192 Flüchtlingen genutzt, die in Mönchengladbach den Ausgang ihres Bleiberechtsverfahrens abzuwarten haben. Nur

über unzureichende sanitäre Einrichtungen verfügen.

Uwe Bohlen, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Deshalb unterstützt die

SPD-Ratsfraktion den Vorschlag der Verwaltung, statt der Container nun Massivbauten zu errichten, in denen Wohnungen mit eigenen Sanitärräumen und eigenen Küchenzeilen entstehen sollen. Dazu wird die Unterkunft an der Hardter Straße aufgegeben, am Luisental ein Haus mit 45 Plätzen statt bisher 86 und an der Eickener Straße ein zusätzliches Gebäude mit 72 Plätzen geschaffen.“



Auch diese Unterkünfte werden ersetzt

schwer ist in solchen Baracken ein menschenwürdiges Wohnen vorstellbar. Das gilt für diese Standorte umso mehr, als diese zuletzt vor zehn Jahren modernisiert wurden, heute baufällig sind und darüber hinaus nur

Die Reduzierung der Platzzahl für aufzunehmende Flüchtlinge insgesamt von 380 auf 305 ist möglich geworden, weil weniger Hilfe suchende Menschen unterzubringen sind. Bereits in den vergangenen Jahren konnten

eine Reihe von Standorten für Flüchtlingsunterkünfte aufgegeben werden.

Dafür werden nun 2,9 Mio. Euro aufgewandt, 264.000 Euro davon aus einer Erbschaft, die für Flüchtlinge verwendet werden soll. Trotz dieser hohen Summe ist die Investition wirtschaftlich: Für die dringend notwendige Sanierung der Baracken rechnet die Verwaltung mit Kosten von 1.125.000 Euro; zusätzliche jährliche Einsparungen können dadurch erzielt werden, dass die Standorte von bisher drei auf zwei reduziert werden.

Uwe Bohlen: „Flüchtlinge, die absehbar länger in Mönchengladbach bleiben, sollen hingegen auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt ihr Zuhause finden. Die SPD-Fraktion erwartet von der Sozialverwaltung, kontinuierlich zu prüfen, für welche Personen diese Alternative sinnvoll genutzt werden kann. Schon heute lebt rund ein Drittel der Flüchtlinge, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, in eigenen Wohnungen außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte. Die SPD-Ratsfraktion ist sehr froh, dass endlich menschenwürdige Unterkünfte gebaut werden.“

Biogasanlage - CDU wird Investorenschreck

Das Scheitern der Biogasanlage wird nach Einschätzung der SPD-Ratsfraktion für Mönchengladbach einschneidende Folgen haben.

SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine: „Das einheitliche „Nein“ der CDU zur Bio-



Aktueller geht es nicht - Wir brauchen regenerative Alternativen zu Atomstrom

gasanlage in Wanlo wurde nicht wegen der Sorgen der betroffenen Anwohner gefällt, sondern nur mit fadenscheinigen juristischen Winkelzügen zum Planungsrecht begründet. Viele anstehende Großprojekte könnten bei diesem opportunistischen Verhalten der immerhin größten Ratsfraktion wanken.“

Die SPD-Ratsfraktion vermisst bei der CDU

eine wirklich ernsthafte Diskussion mit den von einer Biogasanlage betroffenen Bürgern. Die SPD hat während des ganzen Planungsprozesses immer mit den betroffenen Menschen gesprochen, die Bürgerinitiative konnte ihre Bedenken auf verschiedenen Ebenen der SPD vortragen. Zugleich wurden auch die Befürworter der Biogasanlage angehört. Im Ergebnis wurden viele Verbesserungen für die betroffenen Bürger gefunden. Die Biogasanlage ist ein energiepolitisch sinnvolles Projekt. Gerade die Bürger in Wanlo sind infolge des nahen Braunkohletagebaus täglich von einer „gestrigen“ Energiepolitik betroffen.

Lothar Beine: „Die abgelehnte Planungsvorlage ist im Ergebnis eine sehr ausgewogene Entscheidungsgrundlage für eine Biogasanlage gewesen. Viele Anregungen aus der Bevölkerung, insbesondere zu den Transportwegen, wurden übernommen. Was macht die CDU-Fraktion zukünftig in ähnlichen Abwägungsprozessen, die bei dem Neubau des Einkaufszentrums in der Innenstadt oder

beim Verkehrsentwicklungsplan anstehen werden? Auch bis zum letzten Drücker mit rein parteitaktischen Spielereien die Entscheidung abwarten und Sachargumente außen vor lassen? Die CDU hat sich in der Stadt von einer verantwortungsvollen Politik verabschiedet.“

RatAktuell 01/2011

Auflage: 2000 (im Postversand)

Herausgeber:

SPD-Ratsfraktion

Mönchengladbach

Brucknerallee 126

41236 Mönchengladbach

Tel: 02166/9 24 90-30

Fax: 02166/9 24 90-34

Mail: spdratmg@itbank.de

Internet: <http://fraktion.spd-mg.de>

Twittern Sie mit der Fraktion

Redaktion:

Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)

Lothar Beine

Bilder: SPD, Stadt-MG, pixelio.de, WZ

Neue Anschrift?

Neuer Interessent?

Bitte wenden Sie sich an obige Adresse!